

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

7.11.1931 (No. 260)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Karlstraße
Nr. 953
und 954
Karlstraße
Nr. 955

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. K. M. e. n. d.
Karlstraße

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gebete frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Rabattabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, insbesondere bei Anzeigenerhebung für den Anzeiger, ist der Anzeiger zu bezeichnen, in welchem die Anzeigen erscheinen sollen. In allen Fällen von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die kommende Ratstagung in Paris

Der japanisch-chinesische Konflikt

Es scheint jetzt festzustehen, daß die nächste Sitzung des Völkerbundsrats, die der erneuten Behandlung des japanisch-japanischen Konflikts gewidmet sein wird, nicht in Genf, sondern in Paris stattfinden wird. Wie verlautet, hat der französische Außenminister Briand, der zur Zeit die Geschäfte des Völkerbundspräsidenten führt, um die Verlegung der Sitzung nach Paris gebeten. Der Rat soll bekanntlich am 16. November zusammenzutreten, vielleicht aber auch früher. Man ist sich in Genf vollkommen klar darüber, daß der bevorstehenden Tagung des Rates eine ganz außerordentliche Bedeutung zukommt.

Einstellung der Kämpfe

W.D. Tokio, 7. Nov. Die Kämpfe am Nonnifluß in der Nordmandschurie sind eingestellt. Die japanischen Truppen haben Befehl erhalten, nicht über Lanchi (12 Kilometer nördlich vom Nonnifluß) vorzugehen.

Die Vertreter Japans und Chinas im Völkerbundsrat haben dem Generalsekretär des Völkerbunds am Freitag weitere Einzelheiten über den Gehrag der jüngsten Ereignisse am Nonnifluß übermittelt. In diesen Schriftstücken schieben Japan und China einander die Schuld an den Zwischenfällen zu.

Wann ist man nicht arbeitslos?

Das Landesarbeitsamt Süddeutschland hat am 20. Oktober bindende Richtlinien zu § 88a beschlossen und damit die Voraussetzungen festgelegt, unter denen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit erwirbt oder erwerben kann oder im Betriebe eines Angehörigen miterwirbt oder miterwerben kann.

Für die Landwirtschaft gelten Mindestflächen. Ein Antragsteller ist nicht arbeitslos, wenn sein oder seiner Angehörigen Betrieb die vorgezeichnete Anrechnungsfäche erreicht.

Bei Gewerbebetrieben ist der Unterhaltungsantrag dann abzulehnen, wenn der Betrieb nach Ausdehnung, Umfang und mit gleich großer Familie tatsächlich den erforderlichen Lebensunterhalt durch selbständige Arbeit damit erwerben oder etwaige Angehörige unter ähnlichen Verhältnissen den erforderlichen Lebensunterhalt in ihm miterwerben können.

Kann der Arbeitslose nur einen Teil des erforderlichen Lebensunterhalts erwerben oder miterwerben, so ist die Unterhaltung entsprechend zu kürzen.

Es ist unerheblich, ob der Antragsteller in häuslicher Gemeinschaft mit dem Betriebsinhaber lebe oder lebt und ob der Wohnort des Antragstellers mit dem Sitz des Betriebes zusammenfällt. Es ist weiter unerheblich, ob und in welchem Umfang der Antragsteller bisher in dem fraglichen Betriebe mitgearbeitet hat.

Die neuen Richtlinien traten am 19. Oktober in Kraft.

Der Dozentenstreik an der Universität Halle

In einer Entschliessung, die Freitagabend von der Studentenschaft der Universität Halle dem Rektor überreicht wurde, wird außer dem Rektor von Professor D. Dehn auch der Rektor des antirealistischen Professors Rubin gefordert. Ferner heißt es in der Entschliessung, daß die Studentenschaft von weiteren Demonstrationen grundsätzlich absehen wolle, den Kampf aber keineswegs aufgeben, sondern ihn auf noch breiterer Basis mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln weiterzuführen werde. Die Vorlesungen von Professor D. Dehn finden auch weiterhin unter Sicherungsmassnahmen der Universitätsbehörden statt. Auf polizeilichen Schutz wird aber in Zukunft verzichtet werden.

Eine Erklärung, die von den Professoren der Theologie D. Schmitz und Dr. D. Staehlin ausgegangen ist, hat die Unterschrift von weiteren 22 Theologie-Ordinarien gefunden. Die Erklärung lautet: „Die Unterzeichneten ordentlichen Professoren der Theologie verschiedener theologischer und politischer Überzeugungsbereiche fühlen sich verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß sie jeden Versuch studentischer Streiks, D. Günther Dehn an der Ausübung seiner akademischen Lehrtätigkeit zu hindern, aufs schärfste zurückweisen.“

In einer besonderen Erklärung haben außerdem noch fünf Ordinarien erklärt, daß sie mit D. Dehn „persönlich und sachlich solidarisch“ seien. Die Namen dieser fünf sind: Karl Barth (Zürich), Karl Ludwig Schmidt (Darmstadt), Dibelius (Gießen), Otto Pieper (Münster) und Georg Wünsch (Marburg).

Keine Berliner Brotpreisänderung beabsichtigt. Entgegen anderslautenden Darstellungen wird gemeldet, daß in den letzten Tagen irgendwelche offiziellen Beratungen über eine eventuelle Erhöhung des Brotpreises in Berlin nicht stattgefunden haben, auch für die nächsten Tage nicht anberaunt sind. Nach weiterer Information werde sich eine Erhöhung des Brotpreises nicht bemerken lassen, falls dem Ansteigen der Roggen- bzw. Weizenpreise nicht durch geeignete Maßnahmen Einhalt geboten werde. Korrekt sei eine Brotpreisänderung jedoch nicht geplant.

Unter Nordverhaftet verhaftet. In Düsseldorf wurde der Mollereiarbeiter Scholl festgenommen, der verdächtig ist, an der Ermordung des Nationalsozialisten Bobis am 3. September beteiligt zu sein. Scholl war früher Mitglied der KPD und suchte vor kurzem um Aufnahme in die NSDAP nach. Der Verhaftete wurde im Polizeipräsidium einem eingehenden Verhör unterzogen, wobei sich herausstellte, daß er zu der Stunde der Ermordung des Bobis am Tatort anwesend war.

Letzte Nachrichten

Deutschland soll zahlen

New Yorker Banken zur Kreditstillhaltung
W.D. New York, 7. Nov. (Tel.) Die an dem Stillhalteabkommen für deutsche Kredite beteiligten Banken haben sich in neuen Besprechungen nicht nur mit den Kreditgebern beschäftigt, die Ende Februar 1932 fällig werden, sondern auch mit Krediten, deren Fälligkeitsstermin erst nach Ablauf des Stillhalteabkommens liegt. Nach Informationen, die New York Times und „Gerald Tribune“ aus Finanzkreisen erhalten haben, werden die New Yorker Banken verlangen, daß Deutschland 20 bis 25 Proz. der fälligen Kredite zurückzahlen solle, dies um so mehr, als Österreich 15 Proz. der ihm gewährten Kredite zurückzahlen wird. Man glaubt, daß die neuen Verhandlungen über die Stillhaltung längere Zeit beanspruchen werden.

Für Wiederaufnahme von Reparationszahlungen

W.D. Paris, 7. Nov. (Tel.) Zu der Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning vor dem Parliamentsklub des Zentrums schreibt „Zeit Journal“: Wer die Schwierigkeiten des Kanzlers kenne, wird ihm dank wissen, daß er für den inländischen Gebrauch die gleiche Haltung und die gleiche einfache und direkte Sprache annimmt, wie er sie bei seinen Unterredungen mit Dalal und Briand gezeigt habe. Dem Kanzler komme das Verdienst zu, die Fragen der Reparationen und der Kredite in korrekter Weise aufgerollt zu haben. Das Blatt hält es für wesentlich, daß Deutschland möglichst bald aus seiner finanziellen Lethargie herauskomme, die ihm das Vertrauen seiner Lieferanten wie seiner Abnehmer entziehe, die es inmitten Europas gleichviel Ruhm und bedeutungslos mache und die eine Gefahr nicht nur für Deutschland, sondern für die anderen Länder bilde. Die Reparationen dürften nicht den privaten Kreditern aufgeschoben werden, sondern das Umgekehrte müsse geschehen. Notwendig sei, daß Deutschland seine Zahlungen aller Art jetzt wieder aufnehme, sei es selbst in geringem Ausmaße. Dann werde Deutschland allmählich seinen Kredit wiederherstellen.

Der Posten des preussischen Finanzministers

W.D. Berlin, 7. Nov. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, wird die Frage, ob Höppler-Nachfolger wieder zum preussischen Finanzminister ernannt werden soll, voraussichtlich bis heute abend entschieden sein. Dr. Höppler-Nachfolger begab sich heute in das Jagdschloß Hubertusstock, um mit dem Ministerpräsidenten Dr. Braun, der dort das Wochenende verbringt, die letzten Verhandlungen zu führen.

Polnisch-französische Verbrüderung

Demonstration gegen Deutschland

W.D. Posen, 7. Nov. (Priv.-Tel.) Zu Ehren von einigen Franzosen, die im Jahre 1870 in der Kriegsgefangenschaft hier einer Typhusepidemie zum Opfer fielen und deren Gebeine jetzt in einer gemeinsamen Gruft auf dem Garnisonfriedhof beigesetzt sind, ist in Posen ein Obelisk errichtet worden, der heute mit großem militärischem Gepränge und in Anwesenheit des französischen Vizekonsuls Karode aus Warschau und von Abordnungen französischer Truppenteile enthüllt wurde. Als Auftakt zu dieser Feier fand gestern abend in der Aula der hiesigen Universität ein Festakt statt, in dem die Verbrüderung zwischen Frankreich und Polen gefeiert wurde.

Seute abend soll eine große antideutsche Kundgebung stattfinden, bei der „gegen die deutschen territorialen Gelüste“ und gegen die Erklärungen des amerikanischen Senators Borah protestiert werden soll.

Politische Zusammenstöße in London

W.D. London, 7. Nov. (Tel.) Bei einer Faschistenversammlung in einem Arbeiterviertel Londons kam es gestern abend zu Zusammenstößen zwischen Schwarzhäuten und kommunistischen Arbeitern, die den Redner durch Rufe am Sprechen verhindern wollten. Mehrere Personen trugen Verletzungen davon. Die Polizei war zum Einschreiten gezwungen.

Die bessischen Landtagswahlen

300 Kandidaten bewerben sich um 70 Sitze

Noch eine Woche trennt uns von den Neuwahlen zum Bessischen Landtag. Der Wahlkampf wird mit einer nie erlebten Intensität und Schärfe geführt, denn Verteidiger und Angreifer sind sich der Tragweite des Wahlausganges bewußt. Brüning, Dietrich, Dingeldey, Hilfer, Gugenberg, Dittmann, Böbe, Schälmann bestreiten persönlich den Wahlkampf. Im verflochtenen Landtag saßen Vertreter von 8 Parteien, die sich im Laufe dieses Jahres durch Absplitterungen in nationalsozialistische und kommunistische Opposition erweiterten.

Jetzt bewerben sich 13 Parteien mit etwa 300 Kandidaten um die 70 Mandate. Im Jahre 1927 erlangen bei schwacher Wahlbeteiligung Sozialdemokraten 24, Zentrum 13, Landbund 9, Volkspartei 7, Demokraten 5, Kommunisten 6, Deutschnationale 3 und Volkspartei 3 Sitze. Die Ergebnisse der letzten Reichstagswahl hatten folgende Sitzverteilung bei Stimmengleichheit: Sozialdemokraten 22, Zentrum 10, Staatspartei 9, Nationalsozialisten 13, Volkspartei 5, Wirtschaftspartei 2, Deutschnationale 1, Landbund 5, Christlichsoziale 1, Volkspartei 0, Kommunisten 0.

* Zur politischen Lage

Das deutsche Schuldenproblem

Bei einer kritischen Rückschau wird man heute gewiß alle die Stellen in Deutschland, die in den Jahren nach der Stabilisierung der Mark Milliarden und Milliarden teils langfristige, teils kurzfristige, vom Auslande zusammenborgten, tadeln. Zu ihrer Entschuldigung kann dort, wo es sich wirklich um Geldinvestitionen zum Besten der Wirtschaft handelte, die Tatsache gelten, daß es der Glaube an eine sehr rasche Wiederverkehr der alten Wirtschaftsbilanz Deutschlands war, der diese Kreditaufnahme begünstigte, daß also die meisten dieser aus dem Kreise der Wirtschaft stammenden Schuldner ehrlich meinten, mit der kommenden Prosperität auch die Schulden nach und nach abtragen zu können.

Dieser Glaube war indessen wenig begründet. Und es haben ernste und geachtete Männer in den Jahren seit 1924 oft genug vor einem derartigen Optimismus gewarnt. Sie wurden vielfach nicht verstanden oder wegen ihrer Warnrufe noch gescholten.

So gut wie gar keine Entschuldigung läßt sich für all die Stellen finden, die in ungemessener Weise Geld borgten, um es für überflüssige Dinge, z. B. für Luxusbauten und Paläste, für kostspielige Badeanlagen und Sportplätze auszugeben. Und ebensowenig entschuldigbar war es, daß das Reich in ganz falscher Einschätzung der wirklichen, zur Sparsamkeit mahnenden Lage, 1927 dazu überging, die Beamtengehälter um durchschnittlich 16 Proz. zu erhöhen. Eine vorläufige Berechnung hätte jedem sagen müssen, daß die damalige Konjunktur im besten Falle nur eine Scheinblüte war; und nicht ohne Grund haben die sämtlichen Minister der Länder und fast alle Führer der Wirtschaft von dieser Erhöhung dringend abgeraten.

Ein großer Teil der heutigen Kalamität ist auf diese falsche Finanzpolitik des Reiches zurückzuführen. Milliarden und Milliarden hätte man sparen können, wenn man damals vernünftig und bescheiden geblieben wäre. Und die Radikalisierung des Volkes würde nie die Formen von heute angenommen haben, wenn man von Anfang an auf der Linie einer wohlüberlegten Sparpolitik geblieben wäre. Statt dessen hat man den Gehalts- und Lohnempfängern erst die schönen Äpfel gereicht und sie an deren Genuß gewöhnt, um sie ihnen dann hernach unter dem Zwang der Verhältnisse wieder fortzunehmen. So etwas schafft natürlich Verbitterung.

Jedenfalls ist die Verschuldung Deutschlands heute so, daß sie jeden verantwortlichen Staatsmann mit großer Sorge erfüllen muß. Schuld ist allerdings bis zu einem gewissen Grade auch das Ausland selbst. Es ist ja sehr schön, daß dieses Ausland uns so viel Vertrauen entgegenbrachte, und uns jene Milliarden borgte. Aber weniger wäre hier besser gewesen! Und die Sache hatte ja auch schon von vornherein insofern einen Haken, als uns mit vollem Vertrauen doch nicht geliehen wurde: man lieh mit Vorliebe kurzfristig aus, um sein Geld rasch wieder zurückrufen zu können. Und leider haben auch solche Stellen in Deutschland kurzfristige Kredite aufgenommen, die nicht im entferntesten damit rechnen konnten, sie auch kurzfristig zurückzahlen zu können.

Wieder einmal ist angehts dieser ganzen Entwicklung Frankreich dasjenige Land gewesen, das mit überlegener Klugheit operiert hat. Die französischen Gelder sind im Lauf der letzten Monate bis auf einen geringen Rest aus Deutschland zurückgezogen worden, zum großen Teil auf dem bekannten Umwege über London und die Schweiz. Diejenigen Staaten, deren Geldgeber noch sehr stark bei uns engagiert sind, sind in erster Linie England und Amerika. Nur mit Mühe ist es gelungen, ein Stillhalten dieser Gläubiger bis zum 1. Februar durchzudrücken. Schon in der allernächsten Zeit, das heißt bis spätestens Ende des Jahres, muß die Frage entschieden sein, was denn nun nach dem 1. Februar geschehen soll. Denn selbstverständlich wird man in Deutschland im Jahre 1932 genau so wenig imstande sein, die kurzfristigen Kredite abzugeben, wie im Jahre 1931. Es muß also eine Lösung gefunden werden, die praktisch einem neuen Moratorium gleichkommt.

Frankreich hat an diesem Moratorium aber nicht das geringste Interesse mehr und besteht deshalb darauf, daß die andere große Schuldverpflichtung Deutschlands, die der Reparationen, an erster Stelle behandelt wird. Denn an diesen Reparationen ist Frankreich vor allem interessiert, nämlich mit 52 Proz. Der Gegensatz zwischen der deutschen und französischen Auffassung ist also der, daß

Berlin zunächst einmal eine rasche Erledigung des Stillhalteproblems wünscht und dann an die Neuregelung des Reparationsproblems herangehen will, während Paris umgekehrt verfahren will.

Dabei läßt sich Paris aus rein machtpolitischen Gründen von dem Bestreben leiten, den Youngplan nach wie vor in aller Form als Rechtsgrundlage anerkannt zu sehen. Frankreich kann seine politischen Trümpfe besser ausspielen, wenn dieser Plan formalrechtliches Fundament aller weiteren Verhandlungen bleibt. Das war ja auch der große Erfolg Laval's in Washington, daß er die Zustimmung Hoovers zu dieser obersten These der französischen Politik durchgedrückt hat. Frankreich will keine offizielle Lockerung von Verträgen. Es ist bereit, hier und da Abstriche zu machen, wenn ihm diese auf einem anderen Gebiete gut bezahlt werden. Aber unter keinen Umständen will es auf die Verträge als solche verzichten, da sie die besten Instrumente in der Hand der Pariser Hegemoniepolitik sind.

Natürlich ist sich Laval genau so, wie alle anderen Staatsmänner und Finanzpolitiker der Welt, darüber klar, daß sowohl für die Reparationen wie für die kurzfristigen Kredite ein neues Moratorium zustande kommen muß, da Deutschland einfach nicht in der Lage ist, neue Zahlungen zu leisten. Man darf nicht vergessen, daß ja allein die Verzinsung unserer Schulden aus Ausland rund 2 1/2 Milliarden pro Jahr ausmacht! Das Ausland kann froh sein, wenn Deutschland nach wie vor wenigstens diese Verzinsung aufbringt.

Die Verhandlungen zwischen Paris und Berlin sind außerordentlich schwierig, eben weil die Pariser Politik neben der Erledigung dieser rein finanziellen Fragen seine ganz bestimmten machtpolitischen Pläne verfolgt.

Der Reichskanzler und das Wirtschaftsprogramm

Am Donnerstag ist in Berlin der Reichsparteiausschuß des Zentrums zu einer Sitzung zusammengetreten. Sie empfing durch zweierlei ihr Gepräge, durch eine Rede des Reichskanzlers und durch eine Erklärung des Parteivorstandes zur Frage etwaiger neuer Koalitionen.

Die Rede Dr. Brüning's war diesmal auf eine schärfere Tonart abgestimmt. Es waren in erster Linie die Alldeutschen und die Deutsche Volkspartei, gegen die er polemisierte. Aber auch die Landvolkpartei bekam einiges zu hören. Der Kanzler wandte sich des weiteren gegen alle Inflationsabsichten und unterstrich nochmals die Notwendigkeit der Stabilerhaltung unserer Währung. Gerade diese Ausführungen des Kanzlers waren außerordentlich dankenswert.

Für das Jahr 1932, das nach der Meinung des Kanzlers in finanzieller Hinsicht das allerschwerste sein wird, kündigte Dr. Brüning weitere ganz schwere und harte Maßnahmen auf allen Gebieten an. Sie seien nicht mehr zu umgehen, damit sich der Prozeß der Schrumpfung (des Wirtschaftsvolumens und der Einnahmen) nicht in der bisherigen Weise fortsetze. Es komme jetzt darauf an, die Opfer so zu verteilen, und sie in eine solche gemeinsame Linie zu bringen, daß sie nicht nur keine Schrumpfung bedeuten, sondern gleichzeitig eine Belebung des Arbeitsmarktes herbeiführen. In der Tat: die gerechte und zweckmäßige Verteilung der Opfer wird die wichtigste Aufgabe des Kabinetts sein!

Das wirtschaftspolitische Programm, das sich aus den Worten Dr. Brüning's und aus einer weiteren, vom Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald gehaltenen Rede ergibt, läßt sich nach einem Berliner Telegramm der „Neuen Badischen Landeszeitung“ etwa so zusammenfassen:

1. Durchführung eines privatwirtschaftlichen Reinigungsprozesses durch Ausschließung aller unsoliden Unternehmungen;
2. Umstellung der Banken- und Kreditpolitik von über großen auf kleinere und mittlere Unternehmungen und von dieser Seite her Wiederaufbau der Privatwirtschaft;
3. innere Stillehaltung, das heißt langfristige Sicherung der Kredite und Anleihen, durch die eine Senkung der Kreditzinsen ermöglicht werden soll;
4. Anpassung der Lebensmittelzölle an die Kaufkraft der Bevölkerung, der sich auch die Preisgestaltung für landwirtschaftliche Erzeugnisse angleichen soll;
5. Änderung in der Handhabung der Tarif- und Kollektivverträge und des Schlichtungswesens; wahrscheinlich im Sinne einer Beschränkung der amtlichen Schlichtung auf ganz große, volkswirtschaftlich wichtige Fälle;
6. auf sozialpolitischem Gebiet Ersparnisse hauptsächlich in der Invaliden- und Unfallversicherung unter Schonung der anderen sozialen Einrichtungen, die schon weitgehend abgebaut sind;
7. Notwendigkeit einer stärkeren Senkung aller Haushalte des Reichs, der Länder und Gemeinden entsprechend der verringerten Steuerkraft, wobei als wesentlich hervorzuheben wird, daß in den Haushalten die Personalkosten immer noch 70 Proz. ausmachen.

Die Koalitionsgerüchte

In den letzten Wochen hat sich ein Teil der deutschen Presse eingehend mit dem Problem einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten beschäftigt. Gewisse Äußerungen der „Germania“ und einiger Zentrumspolitiker wurden ebenso, wie gewisse Äußerungen von nationalsozialistischer Seite dahin gedeutet, daß eine Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht mehr ganz außerhalb des Bereichs praktischer Möglichkeiten liege.

Inzwischen sind diese Gerüchte aufs entschiedenste demontiert worden, und zwar von offizieller nationalsozialistischer Seite, wie jetzt auch durch eine offizielle Erklärung des Vorsitzenden der Zentrumspartei, Kaas. Prälat Kaas hat in seiner Rede auf den ganz eindeutigen Beschluß der Reichstagsfraktion des Zentrums hingewiesen, nach welchem die Partei ein Kabinett der äußersten Rechten nicht tolerieren würde, und er hat hinzugefügt, daß „inzwischen Tatsachen nicht eingetreten seien, welche die sachlichen Voraussetzungen des damaligen Beschlusses verändern oder herabmindern könnten.“ Im übrigen würde die Aktionsfähigkeit des Kabinetts durch derartige Erörterungen einer Koalition mit der äußersten Rechten nur behindert. Dringend geboten sei die Zusammenfassung aller Volkskräfte und die Vermeidung einer Situation, welche das Volk in zwei sich bekämpfende Teile zerreiße. Jedenfalls sei zur Zeit für koalitionspolitische Erörterungen kein Platz.

Mit dieser Erklärung ist einstweilen ein Schlußstrich gezogen unter diese Diskussion in der Presse und in der Öffentlichkeit. Für die Zentrumspartei ist es selbstverständlich, daß die Führung der Reichspolitik weiterhin in der Hand Dr. Brüning's liegen hat, und der Reichsparteiausschuß hat sich mit vollkommener Einmütigkeit hinter die Politik des Kanzlers gestellt.

Das neue englische Kabinett

Bei der Bildung des neuen englischen Kabinetts haben die Konservativen eine Mäßigung an den Tag gelegt, die sehr bemerkenswert ist. Obwohl sie durch die Wahlen so stark geworden sind, daß die übrigen Parteien ziffermäßig überhaupt keine Rolle mehr neben ihnen spielen können, haben sie sich mit 11 Ministerposten unter 20 begnügt. Die nationale Arbeiterpartei Macdonald's, die ins Unterhaus nur 14 Abgeordnete entsendet, erhält 4 Ministerposten, die National-Liberalen (Gruppe Samuel) 3 und die auch heute noch prinzipiell freihändlerisch eingestellten Simon-Liberalen 2.

John Simon, also ein Liberaler, ist Außenminister geworden. Er ist ein hervorragender Jurist und steht in dem Ruf, ein sehr nüchtern und kühl denkender Politiker zu sein. Jedenfalls steht er nicht im Verdacht der Franzosenfreundschaft. Finanzminister ist Neville Chamberlain geworden, der Schulzölkner ist. Dafür hat aber das Handelsministerium ein Liberaler bekommen, und zwar ein Liberaler der Simon-Gruppe, nämlich Walter Runciman. Die Handelspolitik Englands wird also wohl im Prinzip freihändlerisch bleiben und nur für ganz bestimmte Waren einen niedrigen Schutzoll einführen. Jedenfalls birgt die personelle Zusammensetzung des Kabinetts dafür, daß eine Hochschutzzollpolitik nicht getrieben wird.

Macdonald bleibt Premierminister dieses Kabinetts, ein weiterer Beweis für die staatspolitische Klugheit der Konservativen. Macdonald wird somit auch weiterhin berufen sein, an führender Stelle die Geschichte Englands und damit die Geschichte der Welt maßgebend zu beeinflussen. Wir können das vom deutschen Standpunkt aus nur begrüßen. Denn Macdonald ist als Mensch eine Persönlichkeit von den höchsten Qualitäten und als Politiker ein Mann, der sich noch nie geirrt hat, der Wahrheit die Ehre zu geben und umzulernen, wenn eine bessere Einsicht es gebietet.

Das genaue Ergebnis der Mecklenburger Wahlen

Wie bei den meisten Wahlen von regionaler Bedeutung, die in der letzten Zeit stattfanden, haben die beiden großen Telegraphenbüros es unterlassen, der Presse einige Tage nach der Wahl eine wirklich zuverlässige und zusammenfassende Übersicht über die Stimmenverhältnisse zu geben. So konnte es möglich sein, daß die einzelnen Zeitungen ganz verschiedene Berechnungen anstellten. Wir wollen gleich bemerken, daß wir zu diesen Zeitungen nicht gehören, obwohl es natürlich auch uns einmal passieren könnte, daß wir auf Grund falscher und ungenügender Ziffern zu einer korrekturbedürftigen Berechnung gelangen.

Um ganz sicher zu gehen und unsere Berechnung vom Montag nochmals kontrollieren zu können, haben wir uns den „Rostocker Anzeiger“, das größte Blatt Mecklenburgs schicken lassen, da von ihm ja anzunehmen ist, daß es genau orientiert ist. Danach war das Gesamtergebnis in den 10 Ämtern folgendes:

Sozialdemokraten	68 654
Kommunisten	21 365
Nationalsozialisten	91 327
Bürgerliche	40 166

Es stehen also 90 019 Stimmen des Gesamtsozialismus 131 493 Stimmen der anderen Parteien, der Nationalsozialisten und der Bürgerlichen, gegenüber. Diese Ziffern entsprechen den von uns am Montag mitgeteilten fast aufs Haar genau. Sie zeigen, daß in sämtlichen Ämtern die ziffermäßige Mehrheit der beiden sozialistischen Parteien geschwunden ist.

Was nun den Vergleich mit der letzten Reichstagswahl betrifft, so ist er, wie der „Rostocker Anzeiger“ schreibt, nur bedingt möglich, nämlich nur bei den großen politischen Parteien und nach den Einzelergebnissen aus Städten und Gemeinden. Die Verluste der bürgerlichen Gruppen sind, wie der „Rostocker Anzeiger“ zusammenfassend schreibt, hauptsächlich den Nationalsozialisten zugute gekommen, während die Sozialdemokraten einen großen Teil der bisherigen Stimmen an die Kommunisten abgeben mußten. In einzelnen Ämtern sei es den Nationalsozialisten gelungen, von den „marxistischen Parteien“ eine nicht unerhebliche Zahl von Wählern abzugeben.

Wie die sozialdemokratische Presse, z. B. der Rostocker „Volksfreund“, auf Grund eines von ihr vorgenommenen

Vergleichs mit der letzten Reichstagswahl schreibt, habe sich das Kräfteverhältnis zwischen der „marxistischen“ und der bürgerlichen Front seit 1930 nicht wesentlich geändert, da die Nationalsozialisten im wesentlichen nur die Stimmen hinzugewonnen hätten, die die bürgerlichen Parteien seit dem 14. September 1930 verloren hätten. Ein von uns angestellter genauer Vergleich der am Montag in einzelnen Blättern mitgeteilten Stimmenergebnisse der Bürgerlichen mit deren Stimmen vom 14. September 1930, ergab, daß der Beststand ungefähr gewahrt wurde. Hier würde also ein Widerspruch klaffen.

Kurze Nachrichten

Der Reichskanzler hielt Freitag nachmittag in seiner Eigenschaft als Außenminister einen Tee-Empfang ab, an dem die Chefs der ausländischen Missionen teilnahmen.

Schlange-Schüningsen Ostkommissar. Der Reichspräsident ernannte auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichstagsabgeordneten Schlange-Schüningsen zum Reichskommissar für die Osthilfe und zugleich zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich.

Botschafter v. Doehs stattete Freitag nachmittag in Paris Laval einen Besuch ab. Im Anschluß daran verhandelte er auf Veranlassung Laval's eingehend mit Finanzminister Flaubin. Die getrigen Unterredungen hatten eine Enquete über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und die Modalitäten einer solchen Enquete zum Gegenstand.

Rainlévé in Berlin. Der ehemalige französische Ministerpräsident Paul Rainlévé ist heute, Samstag, morgen in Berlin eingetroffen. Rainlévé wird einige Tage in der Hauptstadt verweilen.

Ges. Rat Dr. Edmund ter Meer †. Der erste Vorsitzende des Norddeutschen Lloyd, Geheimrat Dr. h. c. Stimming, der vor einigen Tagen verunglückte, ist in der vergangenen Nacht einer Lungenembolie in Hamburg erlegen.

Ges. Rat Dr. Edmund ter Meer †. Ges. Kommerzienrat Dr. Edmund ter Meer, Verdingen, ist in Berlin im 80. Lebensjahre gestorben. Dr. ter Meer war Mitglied des Aufsichtsrates der F. G. Farbenindustrie AG. und bis vor wenigen Jahren Mitglied des Verwaltungsrates dieser Gesellschaft.

Neue französische Einfuhrbesetzung. Die französische Regierung wird mit Wirkung vom 10. November d. J. ab Kontingente für die Einfuhr von Hammelfleisch, Geflügel, Tauben, Kammchen und Eiern festsetzen.

Der italienische Außenminister Grandi begibt sich heute von Neapel aus auf dem „Conte Grande“ nach Amerika.

Aus dem Elklare-Prozeß

Die „Schwarze Klade“

Im Berliner Elklare-Prozeß beantragte am Freitag Rechtsanwalt Kurzig, den Inhalt der „Schwarzen Klade“ zum Gegenstand der Verhandlung zu machen. Nachdem die Staatsanwaltschaft ihre Stellungnahme in diesem Bemeisungsantrag sich vorbehalten, erstattete Sachverständiger Störmer ein Gutachten über den Gesundheitszustand des Bürgermeisters von Koenigs, Kohl. Da, dem Gutachten zufolge, der Angeklagte unter einem temporären neurotischen Erschöpfungszustand leidet, wurde die Verhandlung bis Dienstag vormittag ausgesetzt. Von dem weiteren Zustand des Angeklagten Kohl wird es abhängen, ob das Verfahren gegen ihn abgetrennt werden muß.

Aus der erwähnten „Schwarzen Klade“ soll hervorgehen, daß bereits unter der Leitung Nieburg's von der KVO, prominente Beamte der Stadt bevorzugt und umsonst beliefert wurden, so daß die Elklare's dieses bereits bestehende System übernehmen mußten. U. a. fanden sich in der „Schwarzen Klade“ die Namen Boetz, Frau Minister Schulz, Stadtkammerer Dr. Störing u. a. m. Aus der „Schwarzen Klade“ gehe also, wie der Vertreter der Angeklagten ausführte, hervor, daß diese Belieferung nichts Auffälliges, sondern schon vor Zeiten der Elklare's gang und gäbe gewesen sei.

Leo Elklare erklärte: Nieburg hatte in der KVO, doch nur Massenware, und da mußte er die „Koubeauten“, Gebrüde, Pelze usw., doch wo anders herholen. Es ist schon so, wie Dr. Kurzig sagt, die Leute waren von Nieburg die Lieferungen gewöhnt und kamen dann einfach zu uns.

In der Verhandlung am Donnerstag wurden weiter die allgemeinen Zuwendungen erörtert, worunter die Anklage den ausgedehnten Verkehr der Elklare's mit ihren Freunden aus der städtischen Verwaltung bezeichnet. Der Vorsitzende machte zu Beginn der Verhandlung darauf aufmerksam, daß die Elklare's sehr selten Abfragen bekommen hätten. Einmal sei Ray doch an den Unrechten geraten, und zwar handelte es sich um einen Kaufmann George, der als Einkäufer einer landwirtschaftlichen Genossenschaft nach Berlin kam, um die Elklare'schen Lieferungen zu beanstanden. Ray Elklare soll mit ihm in Berlin herumgezogen sein und ihm schließlich im Zentralhotel einen verschlossenen Umschlag gegeben haben, mit der Bemerkung, ihn erst zu Hause zu öffnen. George öffnete ihn aber gleich und fand mehrere 1000-Mark-Scheine darin, die er aber in großer Entrüstung Ray Elklare vor die Füße warf.

Leo Elklare erklärte auf weitere Fragen, daß so ein „Bogdenende“ in Waren stets 1000 bis 1200 Mark gekostet hätte. Leo Elklare beklagte sich dann weiter, daß seine guten Freunde von der Stadtverwaltung ihn reichlich ausgenutzt hätten, und sagte: „Sie wollten Angize, Wäsche, Stiefel, ja sogar Möbel von uns. Wir waren direkt die Automaten für sie. Etwa so: Du mir, ich Dir.“

Der Vorsitzende fragte: Was haben die Beamten denn die Elklare's gekostet? Lehmann: Na, es können 1 1/2 bis 2 Millionen gewesen sein. Vorj. Und in welcher Zeit? Lehmann: In etwa 4 bis 5 Jahren.

Der Angeklagte Lehmann bestätigte dann weiter, daß die Darzwendungen an die „guten Freunde“ unter Dednamen geführt wurden. Es schweben noch zwei Bestechungsverfahren, und zwar gegen den Stadtbankangestellten Schameit und den Filialleiter der Danabank, Sonnenburg, so daß also noch mit einem weiteren kleinen Elklare-Prozeß zu rechnen sein wird. Zur Sprache kam dann noch, daß an die Witwe des früheren Stadtbankdirektors Girsch nach dessen Tode, bis zum Zusammenbruch der Elklare's, monatlich 850 bis 900 Mark gezahlt wurden, und zwar angelegliche Zinsen für ein Darlehen, das Girsch den Elklare's gegeben haben soll.

Rechtsanwalt Fingar: Sollte Ray Elklare nicht sogar Reichstagsabgeordneter werden? Rechtsanwalt Braubach: Ich kann behaupten, daß der Fraktionsvorsitzende Werner Ray Elklare einen Platz in der Spitzenliste der Demokratischen Partei angeboten hat.

Dann wurden die einzelnen Zuwendungen besprochen, die der Angeklagte Buchprüfer Ending erhalten hat. Er gab zu, etwa 3000 bis 4000 Mark erhalten zu haben, aber nicht als Zuwendung, sondern als Honorar für seine Beratungen in kalkulations- und Rentabilitätsfragen.

Kleine Chronik

Vor dem Bezirksgericht in Łomża (Polen) wurde eine 17 Mann starke Bande abgeurteilt, die in den Jahren 1920 bis 1924 insgesamt 32 Raubmorde ausgeführt hat. Den Tätern fielen zum Teil Rückwanderer aus Amerika zum Opfer. Drei Verbrecher wurden zum Tode und sieben zu Zuchthausstrafen verurteilt. Als Zeugin sagte auch eine 104 Jahre alte Greisin aus, die Ururgroßmutter einer von den Banditen ermordeten Familie ist.

Bei einem Übungsfluge stießen über der Stadtgrenze von Ribau zwei lettische Marineflugzeuge zusammen und stürzten ab, wobei sechs Personen den Tod fanden.

Ein schwerer Orkan ist über die Petroleumstadt Maracaibo (West-Venezuela) dahingebrochen und hat auf den Ölfeldern von Lagunillas großen Schaden angerichtet. Verschiedene Häuser sind dabei zerstört worden. Todesopfer scheint die Sturmkatastrophe nicht gefordert zu haben.

Voruntersuchung in Sachen Dewaheim beantragt. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den Generaldirektor der Dewaheim, Wilhelm Zepel, gegen den Vorsitzenden des Aufsichtsrates, Rastor Gremer, und den Proturisten Ernst Wilhelm Gremer, gegen die Direktoren der Bauingenieurgesellschaft in Mähleheim, Paul Zepel und Kees, sowie gegen den früheren Bevollmächtigten der Auslandsanleihe vom Zentralausschuß der Inneren Mission, Clausen, Voruntersuchung wegen Betruges, Untreue, Urkundenfälschung und Statutvergehens beantragt.

Badischer Teil

Der nationalsozialistische „Alemanne“ verwahrt

** Gegen das in Freiburg erscheinende nationalsozialistische Blatt „Der Alemanne“ wurde eines in der Nr. 1 enthaltenen Artikels „Freiburger Schulleute als Obstdiebe“, der eine Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der Polizei als einer Einrichtung des Staats darstellt, eine ausdrückliche Verwarnung ausgesprochen. Ein strafrechtliches Vorgehen bleibt hierdurch unberührt. Im Wiederholungsfalle müßte zu einem Verbot der Zeitung geschritten werden.

Keine Verbrennung von Schmuggelware

** Zu der, auch in zahlreichen badischen Wäldern verbreiteten Meldung, daß in Gelsenkirchen Schmuggelware im Werte von 100 000 RM verbrannt worden sei, teilt die Pressestelle beim Staatsministerium auf Grund eingezogener Erkundigungen mit, daß in den letzten Wochen in dem Gebiete von Dillinghausen-Gelsenkirchen überhaupt keinerlei Verbrennung von Schmuggelware stattgefunden hat. Die gleiche Feststellung ist gestern auf der üblichen Berliner Pressekonferenz von einem Vertreter des Reichsfinanzministeriums getroffen worden, daß weder seitens der Zollbehörden noch der Polizei eine Vernichtung von Schmuggelware stattgefunden hat. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums unterstrich dabei, daß die Zollbehörden Anweisung bekommen haben, als Schmuggelware beschlagnahmte Lebensmittel auf keinen Fall zu vernichten, sondern zu versteigern. Damit sind alle, an die Verbreitung der falschen Nachrichten geknüpften Kommentare hinfällig.

Aus dem Gesetz- und Verordnungsblatt

Eine Verordnung des Staatsministeriums zur Ausführung der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen bestimmt: Der Minister des Innern ist ermächtigt, die in Betracht kommenden Zuständigkeiten und das Verfahren bei Anordnungen auf Grund der Verordnung, soweit erforderlich, besonders zu regeln. Die Minister der Finanzen und des Innern haben eine Verordnung, betr. den Überlandverkehr mit Kraftfahrzeugen, erlassen. Danach erfolgt die Genehmigung und die Zurücknahme der Genehmigung zum Betrieb von Personentransportlinien (§§ 5 und 16 der Dritten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen) durch den Minister der Finanzen im Benehmen mit dem Minister des Innern, für Unternehmen von Güterfernverkehr durch die Bezirksämter (Polizeidirektionen). Nach einer Verordnung des Innenministers ist auf den Schlachtmärkten über jeden Verkauf ein Verkaufsschein nach dem von der Marktcommission vorgeschriebenen Muster durch den Verkäufer oder den von diesem Beauftragten auszufüllen. Der Verkaufsschein muß Name und Wohnort des Verkäufers und Käufers, den Tag des Geschäftsabschlusses sowie die erforderlichen Angaben über Anzahl, Art, Gewicht und vereinbarten Preis des Schlachtviehs enthalten. Er ist vom Verkäufer und Käufer zu unterzeichnen. Eine Fertigung des Verkaufsscheines ist der Marktcommission vorzulegen und von dieser in Verwahrung zu nehmen. Eine weitere Fertigung ist auf Verlangen dem Käufer auszuhandigen.

Verhütung von Unfällen beim Turn- und Spielunterricht

Wie der Minister des Kultus und Unterrichts in einem an die Direktionen der höheren Lehranstalten sowie die Kreis- und Stadtschulämter und die Schulinspektion Mannheim gerichteten Rundschreiben mitteilt, haben in der letzten Zeit bedauerlicherweise die Schülerunfälle während des Turn- und Spielunterrichts in erheblichem Maße zugenommen. Diese Fälle haben nun dem Minister des Kultus und Unterrichts Veranlassung gegeben, in seinem Erlaß sämtliche Lehrer und Lehrerinnen auf ihre Pflicht zur Verhütung von Unfällen erneut hinzuweisen. So dürfte es bei Vorhandensein von Matten nicht vorzukommen, daß Übungen an den Geräten (Barren, Reck, Sprossenwand, Pferd usw.) ohne Beugen von Matten ausgeführt werden; ferner müsse bei diesen Übungen immer für ausreichende Hilfestellung Sorge getragen werden, wobei die damit beauftragten Schüler mit der Art der Hilfestellung vertraut zu machen sind. Beim Freispringen mit Anlauf (Hoch- und Weitprung) dürfen feste Gegenstände, Bänke, Pferde, Kasten usw. als Hindernisse nicht verwendet werden. Bei Wurf- und Stoßübungen sind Stange, Speer und Diskus ist das Wurf- und Stoßfeld unbedingt frei zu halten; das über das hierbei nicht in Gegenrichtung vorgegenommen werden. Baden und Schwimmen ist nur in Badeanstalten oder an polizeilich genehmigten Bädern, an denen auch Rettungseinrichtungen vorhanden sind, zu pflegen. Dem Staat steht, soweit er wegen Verschuldens eines Lehrers bei der Erfüllung seiner Amtspflicht in Anspruch genommen wird, gegenüber dem Lehrer der Rückgriff zu. Von diesem Recht kann dem Erlaß zufolge in Zukunft nur in ganz besonders begründeten Fällen abgesehen werden; grundsätzlich wird daran festgehalten, daß bei Verletzung der Sorgfaltspflicht der schuldige Lehrer für den Schaden haftbar gemacht wird.

Nothilfe für die Landwirtschaft unseres Grenzlandes

Die Wirtschaftnot der Städte, der Industrie und des Handels, ist auch eine Not der heimischen Landwirtschaft, der Landbevölkerung geworden. Niemand verschleie sich die Augen davor, auch das Land ist heute in großer Not. Nicht nur deshalb, weil es dort in vielen Dörfern auch zahllose Erwerbslose und brachliegende Industrien gibt, sondern in vollem Umfange dadurch, daß die Produkte der Landwirtschaft keinen Preis mehr haben, der den Selbstkosten und Umlagen entspricht. Manche Produkte können im Augenblick überhaupt nicht mehr abgesetzt werden.

Die Not der Landwirtschaft ist aber nur durch das Kaufen von Lebensmitteln heimischer Produkte zu heben. Das Motto „Wir wollen helfen!“, auf unsere Landwirtschaft bezogen, muß für die Städte heißen: „Zuerst wollen wir bei unsern heimischen Landwirten kaufen.“ Deshalb ist allen Notgemeinschaften zu empfehlen, sammeln zunächst kleine und auch kleinste Geldspenden in den Städten, also dort, wo das Geld noch zirkuliert, und kauft mit diesen gespendeten Mitteln notwendige Naturalien für Zwecke der Winterhilfe 1931/32 bei der einheimischen Landwirtschaft. Städtische, bente bitte daran, daß unsere Bauernleute schon immer und gerade jetzt wieder wirklich viel zur Bekämpfung der Not in den Städten um einen Gotteslohn getan und daß es deshalb nicht mehr als recht und billig ist, wenn die Notgemeinschaften die erforderlichen landwirtschaftlichen Produkte für die Winterhilfe von unsern eigenen Landwirten kaufen. Dann ist unserer Grenzlandnot doppelt geholfen, dem notleidenden, hungernden Städter und dem notleidenden, bedürftigen Bauernmann.

Aus der Landeshauptstadt

Die Karlsruher Rathausklacht vor Gericht

In der Vernehmung der Verurteilten am Freitag behaupteten sämtliche Angeklagten, daß sie sich gegen die anderen hätten wehren müssen; jeder einzelne will nur in Notwehr gehandelt haben. Die Nationalsozialisten hätten anfänglich lediglich ihren Redner vor Angriffen schützen müssen. Die Kommunisten andererseits bestreiten, in ihren Zwischenrufen Worte wie „Arbeitermörder“ u. dgl. geäußert zu haben. Diese Ausrufe sind, wie das Urteil des Schöffengerichts annimmt, die eigentliche Provokation zu den Tötungsfeiten gewesen.

Die Vernehmung der Angeklagten ist um halb 12 Uhr beendet. Es wird sodann in die Beweisnahme eingetreten. Unter anderem gibt ein Zeuge an, daß der nationalsozialistische Angeklagte Kramer durch den Ausdruck „Verbrechergesindel“ die Kommunisten provoziert habe. Ein anderer Zeuge, der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Kooch, bekundet, der Nationalsozialist Streit habe mit der Schlägerei begonnen, während Böning mit seinen Genossen nach dem Rednerpult vordrängte. Den Ausdruck „Arbeitermörder“ will nur ein Zeuge, und zwar auf der Galerie, gehört haben. Im Verlauf der Verhandlung wurde festgestellt, daß die Stadt nach den Erfahrungen jener unrühmlichen Bürgerauschweifung billiger Stühle angegriffen habe. Der Angeklagte Streit (Nationalsozialist) gibt an, er habe deswegen sein Koppel hervorgeholt und nicht nach den Stühlen gegriffen, weil diese städtisches Eigentum seien.

Im weiteren Verlauf der Beweisnahme wurden Oberbürgermeister Dr. Winter sowie die Bürgermeister Schneider, Kleinschmidt und Sauer, ferner Stadtoberrechner Herrmann und Stadtmann Laubach als Zeugen vernommen. Der Oberbürgermeister betonte, daß schon während der Bürgerauschweifung eine nervöse Stimmung vorherrschte. Er habe nicht den Eindruck gehabt, daß Böning zu dem Bürgermeistertisch wollte, um mit ihm zu sprechen. Demgegenüber gibt Bürgermeister Kleinschmidt an, daß Böning an den Vorstandstisch gekommen sei und Oberbürgermeister Dr. Winter etwas im Lärm nicht zu verstehen zugeflogen habe. Die Beweisnahme ergibt im übrigen das gleiche Bild wie in der ersten Verhandlung.

Der Verteidiger der Nationalsozialisten, Rechtsanwalt Dr. Anauß, beantragte die Freisprechung seiner sämtlichen Klienten. Rechtsanwalt Dr. Friedberg, der die Kommunisten vertrat, stellte den Antrag, seine Mandanten zum Teil freizusprechen bzw. die in der ersten Instanz erkannten Strafen herabzusetzen. Als Nebenkläger verlangte Dr. Friedberg die Erhöhung der gegen Kramer ausgesprochenen Strafe auf 1 Jahr Gefängnis. Auch Streit müsse eine höhere Strafe erhalten, außerdem eine Geldbuße.

Staatsanwalt Dr. Peim führte in seinem Plädoyer aus, daß es sich um eine gemeinliche Schlägerei gehandelt habe, und keiner der Angeklagten das Recht auf Freisprechung beanspruchen könne. Er beantragte die Verurteilung aller Beteiligten und gegen den seinerzeit freigesprochenen Angeklagten Stüdel, der unbefugterweise in den Rathausaal eingedrungen sei und den Kronleuchter beschädigt habe, Verurteilung wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung. Der Staatsanwalt wandte sich dann scharf gegen persönliche Angriffe, die der Kommunist Böning unter dem Schutze der Immunität gegen ihn in öffentlicher Landtagsitzung erhoben habe. Nach kurzer Rapsel der beiderseitigen Verteidiger erhielten die Angeklagten das Schlusswort, wobei die Angeklagten Böning und Kramer nochmals ihren Standpunkt vertraten.

Um 10 Uhr abends zog sich das Gericht nach 14stündiger Verhandlung zu einer kurzen Beratung zurück. Das Ergebnis war, daß das Urteil erst am heutigen Samstag, mittags 12 Uhr, zur Verkündung kam.

Das Urteil wurde heute, Samstag, nach dreistündiger Beratung verkündet:

Die Angeklagten Streit (Nazif.) und Böning (Komm.), die vom Schöffengericht zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, erhielten heute in Abänderung des erstinstanzlichen Erkenntnisses je 1 Monat Gefängnis. Der Nationalsozialist Kramer, der nach Auffassung des Gerichts durch den gegen die Kommunisten gerichteten Ausdruck „Verbrechergesindel“ den Hauptanstoß zu den Vorworfungen gegeben hat, wurde wegen gefährlicher Körperverletzung zu 200 RM Geldstrafe (statt 50 RM), im Nebenstrafverfahren zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. Die Nationalsozialisten Werle, Siebach, Nagel und Stüffel (die beiden letzteren hatte das Schöffengericht freigesprochen) erhielten je 50 RM, der Kommunist Schümmer ebenfalls 50 RM, und der Kommunist Stüdel, der unbefugterweise in den Rathausaal eingedrungen, sich an der Schlägerei beteiligt und den Kronleuchter beschädigt hat, 60 RM Geldstrafe. Bei vier nationalsozialistischen und fünf kommunistischen Angeklagten bleibt es bei der vom Schöffengericht erkannten Geldstrafe, während Stadthauptstadtdirektor Jäger (Nazif.) auch in der zweiten Verhandlung freigesprochen wurde. Die von den Nebenklägern gestellten Bußanträge wurden sämtlich zurückgewiesen.

Vortrag über Eilmann Niemannscheider. Für die Mitglieder des Bad. Kunstvereins und des Vereins bildender Künstler findet am Freitag, den 13. d. M., im Saale des Künstlerhauses ein Lichtbildvortrag des Herrn Prof. Adolf Kellner (Karlsruhe) über „Wirsberg und Eilmann Niemannscheider“ bei freiem Eintritt statt.

Wer ist die Winterhilfe in Karlsruhe?

Die zahlreichen in der letzten Zeit erschienenen Aufrufe von allen Seiten haben in den Kreisen der Mitteltätigen vielfach Zweifel entstehen lassen, wer denn in Karlsruhe eigentlich die Winterhilfe ist. Um diese Zweifel zu zerstreuen und die Gaben in die richtige Bahn zu leiten, sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß als offizielle Winterhilfe in Karlsruhe nur die „Karlsruher Notgemeinschaft“ in Frage kommt, die ihre Tätigkeit als Karlsruher Hilfswerk bereits seit dem Jahre 1922 ausübt. In der damaligen Notzeit traten die Karlsruher Wohlfahrtsorganisationen unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters zusammen und bildeten die „Winterhilfe Karlsruhe“. Unter diesem Namen wirkte das Hilfswerk zu Ruh und Frommen unserer notleidenden Mitbürger bis zum Herbst 1930, in den Jahren 1927—1930 allerdings nur noch in beschränktem Umfange. Als die Not im Vorjahre wieder so stark angeschwollen war, trat die Winterhilfe Karlsruhe erneut in die Öffentlichkeit, jetzt aber unter dem Namen „Karlsruher Notgemeinschaft“. Für die Namensänderung war maßgebend der Gedanke, daß in dem Volksstaate in der Notzeit alle zueinander stehen müssen; Volksgemeinschaft ist auch Notgemeinschaft.

Wer also etwas zum offiziellen Karlsruher Winterhilfswerk geben will und geben kann, der richte seine Gabe nur auf das Postfachkonto 22100 der Karlsruher Notgemeinschaft oder an eine hiesige Bank. Auch die zahlreichen zur Zeit in allen Stadtteilen ehrenamtlichwerbenden und mit besonderer Ausweisung versehenen Damen und Herren nehmen jede Gabe dankbar an.

Nachfahrer und Straßenbahn. In den letzten Tagen ereigneten sich nicht weniger als drei schwere Nachfahrerunfälle durch die Straßenbahn. Am Dienstag verunglückten zwei Nachfahrer am Karlsplatz, am Donnerstagmorgen wurde ein Mann auf der Karlsruher Landstraße von der Straßenbahn erfasst und schwer verletzt, und am Freitagabend wurde ein 50jähriger radfahrender Arbeiter beim Karlsruher von der Straßenbahn erfasst und geschleift, so daß er mit schweren Verletzungen nach dem Krankenhaus abtransportiert werden mußte, wo eine Gehirnerschütterung und mehrere Quetschungen festgestellt wurden. Trotz seiner erheblichen Verletzungen befindet sich der Verunglückte zur Zeit außer Lebensgefahr.

Abend der Jugend. Auf den von der Ortsgruppe Karlsruhe für deutsche Jugendherbergen gemeinsam mit dem BDM, unter Mitwirkung der Karlsruher Jugendbünde, am Samstagabend im Studentenhaus stattfindenden Werbeabend, wird nochmals hingewiesen. Der Gründer und Leiter der Deutschen Jugendherbergen, Lehrer Schirmann, spricht erstmals in Karlsruhe über sein Werk. Tanz- und Singkreis der Karlsruher Jugendbünde, sowie ein Sprechchor des BDM, wirken mit. Alles in allem, es steht ein überaus interessanter Abend bevor. Wegen der beschränkten Zahl der Plätze empfiehlt es sich, Karten im Vorverkauf noch zu lösen. Gleichzeitig sei nochmals auf die morgen, Sonntag, beginnende Haus- und Straßensammlung für die Zwecke der Jugendpflege, die letzte Sammlung dieses Jahres, hingewiesen! Wer der Jugend gibt, hilft ihre seelische Not steuern!

Alfred Hoehn und Martha Weill-Wagener. Kommen den Montag, den 9. November, gibt der allbekannte Meister der Klaviere Alfred Hoehn mit seiner Karlsruher Schülerin Frau Martha Weill-Wagener einen Kammermusikabend auf zwei Säugeln. Auf der Vortragsfolge stehen die beiden gewaltigsten Werke dieser Musikgattung; die den Rahmen des möglichen sprengen zu wollen scheinen und bei ihrem Ergehen als unspielbar galten: die beiden Neger-Werke op. 86 und 96. Das erstere, betitelt „Introduction, Passacaglia und Fuge“ zeigt vorwiegend schwermütigen und grüblerischen Ernst. In wohlthuendem Gegensatz zu diesem Nachstück stehen die an den Schluß des Abends gestellten Beethoven-Variationen. Das Thema dieser Neger-Variationen ist aus Beethovens Bagatellen op. 119 genommen. Was unter Negers Händen daraus entstanden ist, ist ein frohgemuter Sang selbstlicherer Lebenskraft. Auch dieses sonnenstrahlende Werk gipfelt in einer groß angelegten Schlüßfuge. Als Spannung zwischen den beiden gewaltigen Neger-Werken werden Alfred Hoehn und Martha Weill-Wagener das 608. Werk von Mozart spielen: Fantasia für eine Orgel mit anschließendem Duettino concertante, beide Werke von Busini für zwei Klaviere eingerichtet.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Der Ausläufer einer neuen atlantischen Zyklone ist über Frankreich herangezogen. Unter seinem Einfluß werden wir das nebligtrübe Wetter behalten. Voraussage: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 223 unbedändert, Basel 22 minus 6, Schusterinsel 74 minus 4, Rheinweiler 158 minus 11, Reßl 232 minus 3, Maxau 395 minus 10, Mannheim 284 minus 4, Caub 194 minus 7.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

(Amtlich)

	7. November		6. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	170.03	170.37	170.03	170.37
Kopenhagen 100 Kr.	91.16	91.34	90.91	91.09
Napoli 100 L.	21.78	21.82	21.78	21.82
London 1 Pf.	15.98	16.02	15.88	15.92
New-York 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris 100 Fr.	16.56	16.60	16.58	16.62
Schweiz 100 Fr.	82.22	82.38	82.17	82.33
Wien 100 Schilling	58.94	59.06	58.94	59.06
Prag 100 Kr.	12.47	12.49	12.47	12.49

Das Ende der Linoleumfabrik Maximiliansau. Die Linoleumfabrik Maximiliansau (Pfalz) beendet heute, Samstag, ihre Fabrikation. Einige Boden dürfen noch vergeben, bis die letzte fabrizierte Ware nach Trocknung und Nachbehandlung verandert ist. Alsdann erfolgt völlige Stilllegung der einst so blühenden Fabrik. Gegenwärtig werden noch etwa 60 Arbeiter beschäftigt. Maximiliansau gehörte zu den bestbeschäftigten und modernsten Werken des Continentalen Linoleumkonzerns unter Führung der Deutschen Linoleumwerke in Wittigheim. Die bayerische Regierung erklärt, daß sie alles versucht habe, um das Werk in Betrieb zu erhalten. Man spricht davon, daß die Stilllegung auf Abmachungen innerhalb des Continentalen Linoleumkonzerns zurückzuführen, und daß das Ausland (französische und holländische Werke) Kupfer sei.

Weitere Pariser Bank in Schwierigkeiten. Auf Grund verschiedener Anzeigen wurde bei der Banque Guet & Co. in Paris eine Hausung vorgenommen. Guet wurde festgenommen und zur Verfügung der Untersuchungsbehörden gestellt. Die Passiven der Bank sollen dem Unternehmen nach den Betrag von 15 Millionen franz. Franken erreichen.

Gemeinderundschau

Eine Schurman-Straße in Heidelberg. Die Stadtverwaltung von Heidelberg hat einen Teil der bisherigen Unteren Neckarstraße in Schurman-Straße umbenannt, zur Erinnerung an die Bemühungen und Stiftungen des früheren amerikanischen Vorkämpfers in Berlin, Schurman, für den Neubau der Heidelberger Universität. Der ganze Straßenzug zwischen der Alten und der Neuen Brücke hat die Bezeichnung „Neckarstadt“ erhalten.

Die Aufbau-Oberrealschule Tauberbischofsheim. Vom Unterrichtsministerium ist in Tauberbischofsheim die Nachricht eingetroffen, daß ein Abbau der oberen Klassen der Aufbau-Oberrealschule vorläufig nicht erfolgt. Die Unterrichtsverwaltung hat das ihr von der Stadt Tauberbischofsheim unterbreitete Angebot bezüglich eines finanziellen Zuschusses angenommen. Die Aufbau-Oberrealschule Tauberbischofsheim wird also von Ostern 1932 an als Kolonialanstalt erhalten bleiben.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Gaggenau. Um der größten Not, die in vielen Familien durch die neuerlichen Entlassungen bei Daimler-Benz Einzug gehalten hat, Herr zu werden, ist die Gemeindeverwaltung gezwungen, durch Rotstandsarbeiten mindestens Werte zu schaffen. U. a. wurde der Bau der Hindenburgstraße in Angriff genommen, die durch das neue Umlegungs- und Baugelände führt und einen Teil der neuen Schwarzwaldbühnenstraße bildet. Zur Streckung der Arbeit wird nur bis zu 4 Tagen in der Woche gearbeitet.

Eingemeindungen im Hegau. Durch die badische Haushaltsnotverordnung, wonach Gemeinden unter 500 Einwohnern aufzuheben, d. h. mit Nachbargemeinden zu vereinigen sind, haben sich auch im Hegau schon allerhand Kombinationen gebildet. Die seit Jahren in Gang befindlichen Bestrebungen, die Gemeinde Ansfelingen mit der Stadtgemeinde Engen zu vereinigen, dürfte nicht mehr weit vom Ziel sein. Auch Blumenfeld muß sich einen Bundesgenossen suchen, da es nur 300 Einwohner hat, desgleichen Beuren am Ried mit 212 Einwohnern. Duchsingen und Ehringen mit 384 bzw. 182 Einwohnern werden „Luchsfühlung“ mit Sillingen nehmen müssen, ebenso Niebheim mit 377 Einwohnern. Beuren a. d. Ach mit 401 Einwohnern dürfte zu Bollershausen oder Friedingen kommen. Für Singen stehen die Aussichten für eine Gebietsveränderung nicht besonders günstig, da die umliegenden Gemeinden vielfach über 1000 Einwohner wohl für sich bleiben wollen. Es wird sich einstweilen mit Hausen a. d. Ach mit 294 Einwohnern begnügen, falls sich zu dieser „Heirat“ nicht noch Schlatt unter Krählen gesellen sollte.

Öffentliche Zahlungserinnerung

Es sind zu entrichten:
10. November 1931: Monatliche Vorauszahlung der Umsatzsteuer für Jahresumsätze über 20 000 RM.
16. November 1931: Vorauszahlung der Vermögenssteuer; bzgl. der Einkommensteuer der Landwirte.
 Nicht rechtzeitige Zahlung hat die Festsetzung von Verzugszuschlägen mit 5 v. H. für jeden angefangenen halben Monat zur Folge.
 Bei bargeldloser Zahlung die Angabe der Steuernummer nicht vergessen. R. 694

Karlsruhe, den 7. November 1931.
 Finanzämter Karlsruhe-Stadt und Land, Durlach und Ettlingen.

Landwirt August Mayer in Teutschneureut hat um Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer Schlachttstätte auf dem Anwesen „Nosenhof“ in Teutschneureut nachgesucht.

Etwasige Einwendungen gegen das Unternehmen sind innerhalb 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, schriftlich oder zu Protokoll beim Bezirksamt Karlsruhe oder beim Bürgermeisterrat Teutschneureut vorzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als verjährt gelten.

Der Plan liegt während der 14tägigen Einspruchsfrist beim Bezirksamt Karlsruhe — Zimmer 28 — und beim Bürgermeisterrat Teutschneureut zur Einsicht offen. R. 693

Karlsruhe, den 3. November 1931. O. 3. 66
 Badisches Bezirksamt — Abteilung IV.

Der durch den Tod des bisherigen Inhabers freigeordnete Kaminferdienerdienst im IV. Kreisbezirk Pforzheim ist neu zu besetzen.

Der Bezirk umfaßt alle Gebäude zwischen Engfuß, Mehlgraben, Nagoldfluß, Winstock-Straße, Vogesen-Allee, Kömer, Wüchsenbrunner Straße und der Bemerkungsgrenze bis zur Eng.

Wir bemerken, daß der Bezirk IV nicht mehr in seinem jetzigen Umfang bestehen bleiben wird, da eine Neueinteilung im Gange ist.

Bewerbungen sind innerhalb der Bewerbungsfrist von 4 Wochen, beginnend mit dem Tage des erstmaligen Erscheinens der Bekanntmachung in dieser Zeitung, unter Anschluß der vorgeschriebenen Belege beim Bezirksamt Pforzheim schriftlich einzureichen. Die Bewerbung muß die ausdrückliche Erklärung enthalten, daß der Bewerber mit der beabsichtigten Neueinteilung einverstanden ist. R. 696

Pforzheim, den 5. November 1931. O. 3. 82
 Bezirksamt.

Betr. Jagdverpachtungen

Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München, offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezirksgruppen: Wertheim, Tauberbischofsheim, Bünden, Oberfranken, Feilberg, Bamberg, Weichsel, Pforzheim, Karlsruhe, Rastatt, Baden-Baden, Rheinfelden, Rinzigtal, Rahr, Freiburg, Waldshut, Donaueschingen, Rhodan-Neuburg, Lorch und Kehlheim. Diese weitverbreitete Zeitschrift ist darum das geeignete Anknüpfungsorgan für Jagd- und Fischereiverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Sparkassenstr. 11. R. 419

Darlehen
 Sofort auszahlbar. Bisher über 400 000 RM. Auszahlungen.
Kurz, Karlsruhe
 Karlstr. 53, part.

Graue Haare erhalten garant. in 14 Tagen Jugendfarbe durch „Sonja-Compact“. Preis 2 RM. u. Porto. L. 424
Wiltberger & Co.,
 Augsburg II/155.

Neue Besoldungsordnung in Billingen. Im Billinger Stadtrat wurde die neue Besoldungsordnung für Billingen und das Stellenverzeichnis angenommen. Gegenüber dem letzten Rechnungsjahr erspart die Stadt Billingen an personellem Aufwand durch alle bisherigen Maßnahmen rund 133 400 RM. und zwar durch Gehaltskürzungen, Personalabbau, Einsparungen beim Lehrkörper der Schulen, Angleichung der Gehälter nach der Gemeindebesoldungsordnung usw. Gegenüber dem Voranschlag 1931/32, bei dessen Aufstellung schon verschiedene Kürzungen berücksichtigt wurden, beträgt die Ersparnis über 53 000 RM. Verschiedene Kürzungen werden sich erst in den kommenden Monaten auswirken.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Feuer im Kaliwerk Buggingen

B. Buggingen, 6. Nov. Zu dem Brand im Kaliwerk Buggingen erfahren wir noch, daß der Brand etwa 800 Meter unter Tage auf Stollen 14 entstanden ist. Die Gerüche, die von einem Sabotageakt wissen wollen, sind unzutreffend. Es liegt lediglich eine Verteilung unglücklicher Umstände vor. Man vermutet, daß eine der zur Sprengung des Balkens (Kappe) aufgestellten Patronen nicht explodierte, sondern nur schmolz und so das Grubenholz anzündete. Man versuchte nach Ausbruch des Feuers dieses sofort zu bekämpfen, doch gelang es nicht bis an die Brandstelle heranzukommen, die durch Geröllgänge verschüttet war. Infolge heftiger Rauchentwicklung zog sich die Löschmannschaft aus dem Schacht zurück. Am Donnerstagmorgen weilte Oberbergat Dr. Biervogel vom badischen Ministerium des Innern in Begleitung des zuständigen Freiburger Staatsanwalts am Brandplatz. Auch am Montag wird der Oberbergat den Untersuchungen des Brandherdes beimohnen und auf Grund des Befundes seine Entscheidungen über die Wiederaufnahme des Betriebes am Dienstag treffen. Der Brand selbst dürfte von allein lokalisiert bleiben. Der Schaden ist unbedeutend.

W. F. Fahr, 7. Nov. Heute vormittag 8.30 Uhr wurde bei Waghstation 262 C (Landstraßenübergang Fahr-Keßl zwischen Fahr-Dinglingen und Friesenheim) ein Personentransportwagen der Firma Geba Freiburg vom Personenzug 943 überfahren und vollständig zertrennt. Dem Führer des Kraftwagens, Adolf Feld aus Freiburg, wurden beide Beine abgefahren. Die Lokomotive wurde beschädigt und betriebsunfähig, sodaß Personenzug 943 nach Fahr-Dinglingen zurückgezogen und mit Ersatzlokomotive weitergeführt werden mußte.

D. J. Fahr, 6. Nov. Direktor Koch von der Elektrizitätswerk Mittelbaden AG. in Fahr kam auf eine 25jährige Tätigkeit als Leiter dieses Unternehmens zurückblicken. Koch hat sich für die Entwicklung des Wertes, das heute die Städte Offenburg und Fahr, sowie zahlreiche Niedergemeinden mit Strom versorgt, große Verdienste erworben.

Staatsanzeiger

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten aus dem Bereich des Justizministeriums.
 Besetzt:
 Justizobersekretär Walter Stauder beim Amtsgericht Mannheim zum Amtsgericht Rensingen, Justizassistent Albert Bell beim Notariat Karlsruhe zum Amtsgericht daselbst.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 10. bis 15. November.

Im Landestheater:
 Dienstag, 10. Nov. Volksbühne: Novembervorstellung. Tief-land. Musikdrama von d'Albert. 19.30 bis gegen 22 Uhr. Der vierte Rang ist für den allgem. Verkauf frei gehalten.
 Mittwoch, 11. Nov. * A 8 (Rittmohnteil). Th.-Gem. 601 bis 700. Prinz Friedrich von Somburg. Von Meißt. 20—22.15 (4.20).
 Donnerstag, 12. Nov. * D 9 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 801—900. Reichsdeutsche Uraufführung: Die Waise. Oper von Sudak. 20 bis nach 22.30 (6.30).
 Freitag, 13. Nov. * F 8 (Freitagmiete). Th.-Gem. 101 bis 200. Rina. Komödie von Bruno Frank. 20—22 (3.50).
 Samstag, 14. Nov. * E 7. Th.-Gem. III. S.-G., 2. Hälfte. Im weißen Hühn. Singspiel von Ralph Benatzky. 20 bis 23.15 (5.70).
 Sonntag, 15. Nov. Morgenfeier „Johann Strauß“. 11.30 bis 12.50 (40 bis 80 Rpf.).
 Abends: * G 8. Th.-Gem. 401—500 und 1501—1550. Salome. Von Richard Strauß. 20—21.45 (6.30).
Im Städtischen Konzerthaus:
 Sonntag, 15. Nov. * Frauen haben das gern. Schwan-Operette von Walter Kollo. 19.30 bis nach 21.30 (2.60).
Auswärtiges Gastspiel:
 Freitag, 13. Nov. In Landau: Im weißen Hühn.



Preiswertes Lebensmittelangebot!

Teigwaren	Eier-Bruchmakaroni Pfd. 54 Rpf.	Pfd. 54 Rpf.
	Spaghetti, offen Pfd. 50 Rpf.	Pfd. 50 Rpf.
	Eierrührchen, offen Pfd. 60 Rpf.	Pfd. 60 Rpf.
	Eier-Gemüsenudeln, offen Pfd. 54 Rpf.	Pfd. 54 Rpf.
	Eier-Suppennudeln, offen Pfd. 54 Rpf.	Pfd. 54 Rpf.
	Eier-Suppeninlagen, offen Pfd. 60 Rpf.	Pfd. 60 Rpf.
	Erbsen, gelbe ganze Pfd. 32 Rpf.	Pfd. 32 Rpf.
	Erbsen, gelbe halbe Pfd. 24 Rpf.	Pfd. 24 Rpf.
	Erbsen, grüne ganze Pfd. 38 Rpf.	Pfd. 38 Rpf.
	Erbsen, grüne halbe Pfd. 32 Rpf.	Pfd. 32 Rpf.
	Perlbohnen, weiße Pfd. 20 Rpf.	Pfd. 20 Rpf.
	Linsen, große Pfd. 40 Rpf.	Pfd. 40 Rpf.
	Linsen, mittelgroß Pfd. 24 Rpf.	Pfd. 24 Rpf.
	Fildersauerkraut Pfd. 10 Rpf.	Pfd. 10 Rpf.

Tafeläpfel zum Einlegen geeignet

Pfund 8, 10 und 12 Rpf.

Bei Zentnerabnahme 1 Pfennig billiger pro Pfund

Wir bitten unsere Mitglieder, nicht nur auf die vorteilhaften Preise, sondern auch auf die anerkannt guten Qualitäten zu achten.
 Warenabgabe nur an Mitglieder! R. 531

Badische Kommunale Landesbank

— Girozentrale —

Öffentliche Bank- und Pfandbriefanstalt

— Mündelsicher —

Mannheim Karlsruhe Freiburg

Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte

Ausgabe von Goldhypotheken - Pfandbriefen und Kommunal-Gold-Anleihen

R. 512

EINTRACHT

Montag, 9. November, 20 Uhr

Konzert auf 2 Klavieren

Alfred Hoehn • Martha Weill-Wagner

Regel op. 96 Mozart K. V. 668 Regel op. 86

Karten zu 4,40, 3,80, 2,75, 2,20 u. 1,65 (für Studierende 1,10)

einschl. Steuer bei Bielefeld am Marktpl. u. bei KURT NEUFELD Waldstraße 81



Badisches Landestheater

Sonntag, 8. November 1931

Nachmittags

2. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige

Dirigent: Schwarz

Spielleitung: Pruscha

Mitwirkende: Blank, Fanz, Haberhorn, Winter, Tubach, J. Gröhlinger, Gospach, Kiefer, Löfer, Wahling a. G., Straß

Anfang 19¹⁵ Ende geg. 22

Preise E (1—6.30 RM)



Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 8. Nov. 1931

Frauen haben das gern

Schwan-Operette von Walter Kollo

Dirigent: Stern

Regie: Herz

Mitwirkende: Genter, Jant, Kademacher, Seiberlich, Seifing, Hofner, Brand, Ernst, Moebke, R. Müller

Anf. 19¹⁵ Ende nach 21¹⁵

I. Parterre 2,60 RM

Lebensbedürfnisverein

Wir bitten unsere Mitglieder, nicht nur auf die vorteilhaften Preise, sondern auch auf die anerkannt guten Qualitäten zu achten.
 Warenabgabe nur an Mitglieder! R. 531

Jagdverpachtung

Die Gemeinde Gersbach, Amt Schopfheim, verleiht am **Mittwoch, den 11. November, nachmittags 2 Uhr**, auf dem Rathaus wiederholt die Ausübung der Gemeindejagd mit einem Gesamtflächenmaß von 2308 ha auf sechs Jahre. R. 528) Der Gemeinderat.

dom Gemeinschaftsbund gemachten Zwangsvergleichsvorschlag und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf: **Freitag, den 27. November 1931, vorm. 9 Uhr** vor dem Amtsgericht Bruchsal, 1. Stock, Zimmer Nr. 1. Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Bruchsal, den 3. November 1931. Amtsgericht.

Anzeigen in der

Karlsruher Zeitung

(Bad. Staatsanzeiger)

haben großen Erfolg

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Druck G. Braun, Karlsruhe